



POLITISCHER KURZBERICHT / UKRAINE

Totgesagte leben länger – Viktor Janukowytsch ist wieder an der Macht

von Ralf Wachsmuth, André Drewelowsky und
Michael Ludwig, Außenstelle Kiew

Kiew, 10. August 2006

Gut vier Monate nach den Parlamentswahlen hat die Ukraine endlich wieder eine Regierung. Das Tauziehen um die Macht endete mit einer handfesten Überraschung: der bereits politisch am Ende geglaubte frühere Premierminister und Erzfeind des Präsidenten Juschtschenko Viktor Janukowytsch ist nach etwas mehr als 18 turbulenten Monaten auf seinen alten Posten zurückgekehrt. Den letzten Akt des Dramas ‚Regierungsbildung‘ inszenierte Präsident Viktor Juschtschenko gewohnt medienwirksam. In buchstäblich letzter Sekunde – am 3. August 2006 um ca. 2 Uhr früh – gab Juschtschenko bekannt, dass er dem Parlament Janukowytsch zum Kandidaten für das Amt des Premierministers vorschlagen werde.

Das ukrainische Parlament wählte Janukowytsch am vergangenen Freitag, den 4. August, mit 273 von 450 Stimmen zum Premierminister (47 Stimmen mehr als erforderlich). Kurz darauf wurde auch die neue Regierungsmannschaft mit 269 Stimmen in Amt und Würden gewählt. Ob sich die komplette Fraktion Nascha Ukraina (NU) der ‚Anti-Krisen‘-Koalition aus Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten anschließen und die Mehrheit noch vergrößern wird, ist jedoch noch immer offen.

Die großen Verlierer des Machtpokers sind der Präsident, der durch seine ihm eigene Wankelmütigkeit und Unentschlossenheit

maßgeblich für das politische Tohuwabohu mit verantwortlich war, die Sozialisten, die mit dem Makel des ‚Verräters‘ an der ‚oran-genen‘ Sache im politischen Nirwana angekommen sind, und die Fraktion Nascha Ukraina – insbesondere die Parteien Ruch und Volksunion Nascha Ukraina –, die sich in die Bedeutungslosigkeit verabschiedete. Verloren hat durch das Kiewer Kasperletheater auch jener Teil der Bevölkerung, der an die Versprechungen der ‚Oranegen‘ glaubte, bis zuletzt hoffte und mit der Entscheidung des Präsidenten sein Vertrauen in die Politik nun endgültig zu Grabe getragen hat. Eindeutige Gewinner sind die Partei der Regionen und die Kommunisten.



Zurück auf der Bühne der Macht:
Viktor Janukowytsch nach seiner
Wahl zum Premierminister.

Die Partei des Präsidenten am Abgrund

Gewählt wurde Viktor Janukowytsch von allen 186 Abgeordneten der Partei der Regionen und allen 21 Parlamentariern der Kommunisten. Drei von 33 Abgeordneten der Sozialisten verweigerten Janukowytsch ihre Stimme. Nur 30 von 80 Parlamentariern der Fraktion Nascha Ukraina gaben Janukowytsch ihre Stimmen¹, 6 stimmten gegen ihn, 4 enthielten sich, 11 stimmten nicht ab und 29 Abgeordnete waren abwesend. Der Block Julia Timoschenko (BJUT), der nun endgültig die Rolle der Opposition übernimmt, boykottierte die

¹ Dies waren: Roman Bessmertny, Valerij Borysow, Mustafa Dschemilew, Oleksij Fedun, Lew Hnatenko, Oleksandr Horoschkewytsch, Vasył Hurejew, Jurij Jechanurow, Petro Juschtschenko, Anatolij Kinach, Viktor Korol, Ihor Kril, Oleksij Kutscherenko, Vitalij Majko, Mykola Odajnyk, Oleksandr Omeltschenko, Mykola Onischtschuk, Jurij Pawlenko, Mychajlo Poljantschytsh, Wolodymyr Poljatschenko, Wolodymyr Saplatynskyj, Anatolij Schribljak, Fedir Schpyh, Stanislaw Staschewskyj, Roman Swarytsch, Borys Tarasjuk, Viktor Topolow, Oleksandr Tretjakow, Refat Tschubarow, Oleksandr Volkow.

Abstimmung – mit Ausnahme von sechs Parlamentariern, die das Lager wechselten und für Janukowytsch stimmten.²

Es ist bemerkenswert, dass mit Ausnahme des Außenministers und Vorsitzenden der Partei Ruch innerhalb der Fraktion Nascha Ukraina, Borys Tarasjuk, alle anderen Abgeordneten dieser Partei ihre Stimme nicht für Janukowytsch abgaben. Für Tarasjuk dürften damit schwierige Zeiten als Parteivorsitzender bevorstehen. Die Abgeordneten der CDU (Christlich-Demokratische Union), des KUN (Kongress Ukrainischer Nationalisten) und von Sobor stimmten ebenfalls nicht für den neuen Premierminister. Mit einer Ausnahme votierten alle Abgeordneten des Verbands der Industriellen und Unternehmer (also 9 von 10) für Janukowytsch. Von der Partei Volksunion Nascha Ukraina – immerhin 41 Parlamentarier – unterstützten nur 18 die Kandidatur des ‚neuen alten‘ Premiers.

Die Tage des Vorsitzenden der Volksunion Nascha Ukraina, Roman Bessmertny, dürften damit gezählt sein, obwohl er und Swarytsch, der neue Justizminister, in den Verhandlungen mit der Partei der Regionen ein großartiges Ergebnis erzielt haben. Immerhin ist es ihnen gelungen, für die Fraktion Nascha Ukraina bzw. ihre Partei sieben Ministerposten und damit die zweitgrößte Quote zu sichern. Dennoch: Bessmertny war derjenige von Nascha Ukraina, der nach dem Seitenwechsel von Moros und dem Scheitern der ‚orangenen‘ Koalition als erster vollmundig den Gang in die Opposition ankündigte und sogar bereit schien, im Falle von Neuwahlen eine gemeinsame Liste mit BJUT einzugehen. Die Rolle rückwärts ihres Parteiführers stieß, wie die Abstimmung über die Kandidatur von Janukowytsch eindrucksvoll belegte, nur bei einer Minderheit der Fraktion und der Partei Nascha Ukraina auf Zustimmung. Die Fraktion führt nun eine spannende Showeinlage

² Es handelt sich um die weniger bekannten Abgeordneten Oleksandr Borsych, Mychajlo Hladij, Mychajlo Subetz, Wolodymyr Subyk, Wolodymyr Tolstenko, Inha Werschynina.

vor: Regierung und Opposition gleichzeitig zu sein. Ob und wie lange dieser bemerkenswerte Spagat funktioniert, wird sich nach der Sommerpause zeigen. Die Partei der Regionen jedenfalls kann sich den Selbstzerfleischungsprozess von Nascha Ukraina emotionslos anschauen. Die Koalition von Kommunisten, Sozialisten und Partei der Regionen ist auf Nascha Ukraina nicht angewiesen. Nascha Ukraina ist das ‚fünfte Rad am Wagen‘ und damit sowohl für die Regierungskoalition wie auch die Opposition eigentlich überflüssig.

Daher verwundert es nicht, dass seit geraumer Zeit auch aus dem Präsidialamt der Ruf nach einer neuen Partei, die den Kurs des Präsidenten stützt und seine ‚Hausmacht‘ im Parlament darstellen soll, immer lauter wird. Als neuer Hoffnungsträger wird der junge Abgeordnete Kateryntschuk angesehen, der Präsident Juschtschenko nahe steht, gute Kontakte in die USA hat und dem auch enge Beziehungen zu Timoschenko nachgesagt werden. Für viele Enttäuschte in der Volksunion ist er derjenige, der am ehesten entweder die Partei aus dem Tal der Tränen führen oder einer neuen Partei ein junges und glaubwürdiges ‚orangenes‘ Image geben kann. Sein Verhalten bei der Abstimmung über den Premierminister zeigt, welchen politischen Kurs er verfolgen würde: gemeinsam mit 28 Kollegen seiner Fraktion und dem Block Julia Timoschenko blieb er der Abstimmung fern.



Hoffnungsträger der Volksunion Nascha Ukraina: Mykola Kateryntschuk

Janukowytsch: Vermittler zwischen Ost und West?

„Egal, welche Entscheidung ich treffe: Ich weiß, dass sie von einem Teil unserer Gesellschaft nicht akzeptiert wird“, sagte Präsident Juschtschenko bei der Bekanntgabe seiner Entscheidung für Janukowytsch und gegen eine Auflösung des Parlamentes. Das

Land habe nun die einmalige Chance, endlich die politische Spaltung in West- und Ostukraine zu überwinden, begründete Juschtschenko den Kompromiss mit dem Kontrahenten. Janukowytsch gab im Einklang dazu als vorrangiges Ziel seiner Politik die politische Einigung der Ukraine aus. „Wir haben uns zu einer Mannschaft vereinigt, um das Land zu versöhnen“, sagte der neue Premier-



Präsident Juschtschenko reicht Premierminister Janukowytsch die Hand. Die alten Rivalen aus dem Präsidentschaftskampf 2004 führen nun gemeinsam die Ukraine.

minister. Zudem kündigte er eine Wiedernäherung an den „strategischen Partner“ Russland an. Neben Moskau plane er zusätzliche Besuche in Brüssel und Washington.

Das politische Comeback des Viktor Janukowytsch ist bemerkenswert. Bereits von 2002 bis 2004 war er Premierminister. Vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahl 2004 ging Janukowytsch als Wahlfälscher und Auslöser der ‚orangenen Revolution‘ in die Geschichte der Ukraine ein. Mit dem Oligarchen Rinat Achmetow im Rücken holte er neue Berater in seinen Stab – unter anderem Experten aus den USA, die ihm ein neues Profil verschafften. Der ‚neue‘ Janukowytsch lobt verdächtig oft und gern die „Wertvorstellungen der ‚orangenen Revolution‘“, gibt sich durchaus staatsmännisch und verhält sich auch gegenüber den Medien selbstbewusster als vor zwei Jahren, als er von Präsident Kutschma noch an der kurzen Leine gehalten wurde und als Premierminister nicht die

Machtfülle besaß wie heute nach dem Inkrafttreten der Verfassungsreform im Januar dieses Jahres. Janukowytsch gibt an, die Politik der Westorientierung der Ukraine sowie der Festigung der Demokratie und der Marktwirtschaft zu akzeptieren. Mehr noch: Er hat Juschtschenko zugesichert, sie fortzusetzen. Man darf gespannt sein, ob den Deklarationen auch Taten folgen.

Der doppelte Viktor: Aus der Not eine Tugend gemacht

In einem rasch zusammengebastelten ‚Nationalen Einheitspakt‘ haben sich Janukowytschs Partei der Regionen und der Juschtschenko nahe stehende Block Nascha Ukraina zusammen mit den Kommunisten und Sozialisten auf einen politischen Fahrplan geeinigt. Wie in einer Art vorgezogener Koalitionsvereinbarung ist in dem Pakt die grundlegende Ausrichtung der Innen- und Außenpolitik des Landes festgehalten (Text in deutscher Übersetzung siehe Anhang).

Außenpolitische Ziele sollen der Beitritt der Ukraine zur WTO bis Ende 2006 (siehe Punkt 24) sowie eine Fortsetzung der europäischen Integration des Landes sein (Punkt 25). Gleichzeitig wird jedoch die Vollendung des Einheitlichen Wirtschaftsraums mit Russland, Weißrussland und Kasachstan gefordert (Punkt 26) – ein schwieriger Balanceakt, der stark an die ‚multivektorale Politik‘ aus der Zeit Kutschmas erinnert und durchaus im Interesse der Ukraine liegen könnte. Über den von Juschtschenko und Tarasjuk anvisierten und von Janukowytsch abgelehnten NATO-Beitritt soll per Referendum abgestimmt werden (siehe Punkt 27; bislang lehnt eine große Mehrheit der Ukrainer einen NATO-Beitritt ab). Generell müsse bei der Beschlussfassung aber auf die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit eines NATO-Beitritts geachtet werden, so Janukowytsch. Weiterhin wurden in dem Pakt der Verzicht auf die Einführung des Russischen als zweiter Amtssprache sowie die Notwendigkeit, eine einheitliche ukrainische orthodoxe Kirche zu schaffen, festgehalten.

Der Forderung der Partei der Regionen nach einer Föderalisierung des Landes wurde eine Absage erteilt – die Ukraine müsse als Einheitsstaat erhalten werden. Einige Passagen des Nationalen Einheitspaktes lesen sich wie der Aktionsplan „10 Schritte für die Menschen“, den Präsident Juschtschenko seit 2004 vor sich herträgt (siehe unseren Bericht vom 19. April 2006) und der nicht einmal von der ‚orangenen‘ Regierung umgesetzt wurde. So wird zum Beispiel auch im ‚Pakt der Nationalen Einheit‘ die Schaffung von jährlich einer Million neuer Arbeitsplätze gefordert – ein Wunschtraum, der bislang nicht zu erfüllen war und wohl auch in Zukunft nicht erfüllt werden kann.

Julia Timoschenko lehnte es ab, den Pakt zu unterzeichnen. Sie bezeichnete das Dokument als „Vorhang, der in der Lobby erzielte Vereinbarungen über die Aufteilung von Ämtern und Business-Bereichen verdeckt.“ Das Dokument enthalte zu 90 Prozent banale Dinge, die Beamte gegenseitig aus ihren Partei-Programmen übernommen hätten und nie umsetzen würden. Juschtschenko warf Timoschenko daraufhin genervt Populismus vor: „So ist die Ukraine! Entschuldigen Sie! Mit solchen Farben, die wir heute haben, mit einem vergifteten Präsidenten! Diesen Zustand muss man anerkennen, und niemand hat das Recht, mit einem Radiergummi dies alles zu entfernen. Wenn wir weise sind, dann werden wir einen Weg finden, diese Probleme zu lösen.“

Dieser Pakt ist in der Tat kein ernstzunehmendes Dokument und nicht mehr als eine Absichtserklärung. Papier ist bekanntlich geduldig. Spätestens mit dem Beginn der eigentlichen Regierungsarbeit nach der Sommerpause wird sich keiner der Unterzeichner an Details erinnern können. Für den Präsidenten war dieser Pakt wichtig zur Gesichtswahrung; für Janukowytsch war er der Weg zur Macht.

Die neue ukrainische Regierung: Kaum neue Gesichter

In der neuen ukrainischen Regierung finden sich viele ‚alte Bekannte‘ wieder: Acht der 24 Minister (inkl. Premierminister) waren bereits in der ‚ersten Regierung Janukowytsch‘ tätig (Janukowytsch selbst, Finanzminister und 1. Vizepremier Asarow, die beiden Vizepremierminister Kljujew und Tabatschnyk, Arbeits- und Sozialminister Papijew, Kohleminister Tulub sowie Anatolij Tolstouchow, Minister beim Ministerkabinett der Ukraine, und Iwan Tkalenko, Minister für Verbindung zwischen dem Ministerkabinett und dem Parlament). Zehn Minister sind bereits aus den ‚orangenen‘ Regierungen Timoschenko und Jechanuwrow bekannt: Außenminister Tarasjuk bleibt ebenso im Amt wie Verteidigungsminister Hryzenko (beide gehören zur so genannten ‚Quote des Präsidenten‘), Innenminister Luzenko, Gesundheitsminister Poljatschenko, Kulturminister Lichowyj, Bildungsminister Nikolajenko, Familien-, Jugend- und Sportminister Pawlenko sowie Katastrophenminister Baloha. Roman Swarytsch kehrt überraschend auf den Posten des Justizministers zurück, und Jurij Melnyk, einst Vizepremierminister in der Regierung Jechanuwrow, wird Agrarminister. Nur sechs Persönlichkeiten bekleiden erstmals ein Ministeramt: Vizepremier und Bauminister Rybak, Wirtschaftsminister Makucha, Umweltminister Dscharty (alle drei Partei der Regionen), Energieminister Bojko (einst Chef von „Naf-togas Ukrainy“), Industriepolitikminister Holowko und Transportminister Rudkowskyj. Die ‚zweite Regierung Janukowytsch‘ setzt mehr auf Kontinuität als auf Wandel (detaillierte Vorstellung der Regierungsmitglieder siehe Anhang). Die Rückkehr eines großen Teils der alten Garde, die schon unter Kutschma gedient und sich hemmungslos bereichert hat, bedeutet hoffentlich nicht die Rückkehr zu noch mehr Korruption, zur Einschränkung der Medienfreiheit und zur Anwendung der berühmt-berüchtigten administrativen Ressourcen. Ein Hauch von Skepsis bleibt aber.

Während die Ressorts, die sich mit den Bereichen Wirtschaft und Finanzen beschäftigen, von Kandidaten der Partei der Regionen dominiert werden, bleiben die Bereiche Außen- und Innenpolitik in der Hand der ‚Orangenen‘ (Nascha Ukraina und Sozialisten): Außenminister Tarasjuk und Verteidigungsminister Hryzenko stehen ebenso für eine Fortsetzung des euroatlantischen Integrationskurses der Ukraine wie Justizminister Swarytsch – bei der Annäherung des ukrainischen Rechtssystems an europäische Normen kommt ihm eine bedeutende Rolle zu.

Außenminister Tarasjuk und Verteidigungsminister Hryzenko stehen jedoch auf fast verlorenem Posten. Sie sind der lange Arm von Juschtschenko in der Regierung und sollen nach außen Kontinuität signalisieren. Aber sie werden kaum verhindern können, dass sich die außenpolitische Waage, insbesondere was den Aufbau des Einheitlichen Wirtschaftsraums mit Russland, Kasachstan und Weißrussland betrifft, in Richtung Russland und GUS neigen wird. Dies muss aus nationalen wirtschaftlichen Interessen heraus kein Fehler sein. Ein NATO-Beitritt scheint dagegen in weite Ferne gerückt und auch eine EU-Mitgliedschaft wird in absehbarer Zeit nicht auf der Agenda stehen.

Die Kommunisten zeichnen für zwei Minister-nominierungen verantwortlich: Sie stellen mit Anatolij Holowko den Industriepolitikminister und haben sich – erstaunlicherweise – entschieden, Jurij Melnyk, ein Mitglied der Ukrainischen Volkspartei, zum Agrarminister zu küren.

Die ‚graue Eminenz‘ im Kabinett ist unzweifelhaft Asarow. Schon Mitte Juni, als Nascha Ukraina und die Partei der Regionen sich praktisch bereits auf eine Koalitionsregierung geeinigt hatten, die leider nicht zustande kam, war Asarow angeblich als Finanz- oder Wirtschaftsminister vorgesehen gewesen. Sollten ihm auch die Steuerbehörden und der Zoll unterstellt werden, ist er der mit Abstand mächtigste Mann in der Regierung. Zudem verfügt

er über ausgezeichnete Verbindungen nach Moskau und stellt zusammen mit dem Wirtschaftsminister ein Gegengewicht zu dem eher Kreml-feindlichen Tarasjuk dar.

Gratulationen aus dem Ausland – EU will Beziehungen vertiefen

Die Europäische Union möchte mit der neuen ukrainischen Regierung den bereits bestehenden Aktionsplan erweitern. Das neue Abkommen könne eine gemeinsame Freihandelszone beinhalten, so EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner. Seit der ‚orangenen Revolution‘ seien die beiderseitigen Beziehungen enger geworden. „Ich vertraue darauf, dass die neue Regierung den Weg von politischen und wirtschaftlichen Reformen weitergehen wird“, sagte Ferrero-Waldner.

Auch das US-Außenministerium hat dem Kabinett Unterstützung zugesichert. Janukowytsch habe sich auf demokratische Weise den Weg zum Posten des Premierministers geebnet, sagte der Sprecher des US-Außenministeriums, Sean McCormack. Bereits am Montag, den 7. August, traf sich der Botschafter der USA in Kiew, William Taylor, mit Janukowytsch, um Probleme des Gastransits und die soziale und wirtschaftliche Situation der Ukraine zu erörtern.

Der russische Präsident Wladimir Putin gratulierte Janukowytsch „zur erfolgreichen Überwindung der politischen Krise in der Ukraine“. Bundeskanzlerin Angela Merkel wünschte dem neuen Ministerpräsidenten Glück und Erfolg. „Deutschland hat großes Interesse an einer unabhängigen, stabilen, demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Ukraine. Die Bundesregierung wird den Reformkurs Ihres Landes und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den euro-atlantischen Institutionen auch weiterhin partnerschaftlich unterstützen“, so Merkel.

Wirtschaft erwartet stabile Verhältnisse

Die Wirtschaft begrüßt die Wahl Janukowytschs zum Premierminister. Das ukrainische Wirtschaftswachstum ist im ersten Halbjahr 2006 bereits auf 5% gestiegen (im Jahresdurchschnitt 2005 war es – insbesondere aufgrund der investitionsfeindlichen Politik Timoschenkos – auf unter 3% gefallen). Vielleicht kehrt die Ukraine schon bald wieder zu ihren alten Wachstumsraten zurück – unter Finanzminister Asarow hatte das Land 2004 ein Rekordwachstum von 12% erreicht. Nun ist Asarow wieder Finanzminister – und hat sofort angekündigt, die Wirtschaft durch eine Senkung der Körperschaftssteuer von 25% auf 20% und der Mehrwertsteuer von derzeit 20% auf 18% zusätzlich anzukurbeln.

Der Präsidentschaftswahlkampf 2009 hat begonnen

Präsident Juschtschenko hat mit seiner Entscheidung, dem Drängen von Julia Timoschenko nach Neuwahlen nicht nachzugeben, Mut und Weitsicht bewiesen. Damit sind der Ukraine weitere Monate der Unsicherheit und Instabilität erspart geblieben. Eine Neuwahl hätte kaum ein anderes Ergebnis erbracht und den Graben zwischen Ost und West nur noch tiefer gemacht. Im Rückblick ist es umso bedauerlicher, dass die schon fast perfekt gemachte Koalition zwischen der Partei der Regionen und Nascha Ukraina unter einem Premierminister Jechanurow geplatzt war. Glaubt man der ukrainischen Presse, so sollen der amerikanische Vizepräsident Cheney und EU-Außenkommissar Solana dabei ihre Hände im Spiel gehabt haben. Nun sind ausgerechnet die nicht gerade für ihre Reformfreudigkeit und West-Annäherung bekannten Kommunisten im Boot und nur ein Teil von Nascha Ukraina.

Einen kleinen Vorgeschmack auf das, was noch im Verhältnis zwischen Juschtschenko und Janukowytsch auf den Präsidenten zukommen wird, bekam dieser vor der Wahl von Janukowytsch zum Premierminister. Die

Wahl Janukowytschs galt zwar als reine Formsache, wäre aber fast an einem ersten Streit der neuen Regierungspartner gescheitert. Die Werchowna Rada hatte am 4. August zunächst ein Gesetz verabschiedet, das eine Revision der Verfassungsreform vom 1. Januar 2006 durch das ukrainische Verfassungsgericht unmöglich machen sollte. Präsident Juschtschenko zeigte sich empört darüber und verweigerte seine Unterschrift. Daraufhin blockierte die Fraktion der Partei der Regionen die Ernennung des Juschtschenkonahen Kandidaten Petro Stezjuk zum Verfassungsrichter. Erst als der Präsident drohte, die Nominierung Janukowytschs für das Premierministeramt zurückzuziehen, gab die Partei der Regionen klein bei und Stezjuk die nötigen Stimmen.

Ob sich Juschtschenkos Mut, ausgerechnet seinem Erzrivalen das Amt des Premierministers anzuvertrauen, bezahlt machen wird, ist eher fraglich. Seine Chancen, in etwas mehr als drei Jahren erneut Präsident zu werden, sind denkbar gering. Julia Timoschenko scharrt bereits mit den Hufen und wird ihre Rolle als Oppositionsführerin nutzen, um ihre



Werchowna Rada: Über den Sitzen der BJUT-Fraktion liegt die Flagge der Ukraine. Die Abgeordneten boykottierten die letzten Abstimmungen vor der Sommerpause mit wenigen Ausnahmen.

Position zu stärken. Bisher versucht sie sich als Verweigerin: sowohl bei der Wahl des Parlamentspräsidenten wie auch bei der Wahl des Premierministers zogen sie und ihre Fraktion es vor, durch Abwesenheit zu glänzen. Es ist ein weiter Weg von der Ikone der Revolution zur Ikone der Opposition. Bislang sieht es nach einem bevorstehenden Zweikampf

zwischen Timoschenko und Janukowytsch aus.

Ausblick

Timoschenkos Prophezeiung, die Koalition werde bereits nach drei Monaten auseinander fallen, ist frommes Wunschdenken. Andererseits vermag niemand vorherzusagen, wie lange der Waffenstillstand innerhalb der Koalition hält und wann die inneren Spannungen zwischen Reformern und Reformgegnern aufbrechen. Einen kreativen und dringend notwendigen Reformschub wird es unter Janukowytsch nicht geben. Aber auch ein Zurück zu den Verhältnissen wie unter Kutschma ist nicht zu erwarten. Janukowytsch wird versuchen, sich auf der Grundlage eines soliden Wirtschaftswachstums bis in den Herbst 2009 über die Zeit zu retten, um dann sein Ziel, Präsident zu werden, zu realisieren.

Die EU sollte sich auf eine längere Regierungszeit von Janukowytsch einrichten und das Beste daraus machen. Viele Ukrainer – vor allem im Westen des Landes – und auch viele Europäer hatten zu hoch gesteckte Erwartungen an die ‚orangene Revolution‘ geknüpft und wurden zwangsläufig enttäuscht. Die ‚orangenen‘ Kräfte haben durch ihre Zer-



Viktor Janukowytsch hat große Zukunftsvisionen: Er möchte seine fünf-jährige Amtszeit als Premierminister aller Ukrainer erfüllen.

strittenheit, persönliche Rivalitäten und Kompromissunfähigkeit ihren Niedergang selbst herbeigeführt und die Partei der Regionen stark gemacht. Deutschland kommt in dieser schwierigen Zeit eine besondere Rolle zu. Die Bundesrepublik verfügt über ein enorm hohes Ansehen in allen Teilen der Ukraine.

Deutschland sollte sich noch mehr – wirtschaftlich und politisch – engagieren und Zeichen setzen. Eine gute Gelegenheit könnten die deutsch-ukrainischen Konsultationen sein, die im Herbst in Kiew stattfinden sollten.

Die westlichen Regierungen sollten den Regierungswechsel zum Anlass nehmen, ihre Bewertungen der innenpolitischen Situation der Ukraine zu überdenken, und aufhören, in Kategorien wie ‚gut‘ (orange) oder ‚böse‘ (blau) oder ‚entweder‘ (Russland) / ‚oder‘ (der Westen) zu beurteilen bzw. vorzuverurteilen. Die Ukraine wird ihren Platz zwischen Ost und West auch alleine finden können. Das Land hat durch die ‚orangene‘ Bewegung ihr Gesicht in positiver Weise verändert. Janukowytsch ist auf demokratische Weise an die Macht gekommen, die Zivilgesellschaft ist kräftig und wachsam und die Opposition hat mit Timoschenko eine Galionsfigur, um die sie so manche Partei im westlichen Europa beneidet, vorausgesetzt sie betreibt eine konstruktive und sachliche Oppositionspolitik und beschränkt sich nicht darauf, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit Massendemonstrationen zu drohen und die Arbeit des Parlaments zu blockieren.

Vielleicht – und die nächsten Monate werden es zeigen – ist es gut, dass es so gekommen ist, wie es gekommen ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew

Verantwortlich: Ralf Wachsmuth, André Drewelowsky

Mitarbeit: Michael Ludwig

wul. Schowkowschtschna 10/4, 01021 Kiew / Ukraine

e-mail: konrad@adenauer.kiev.ua, Internet:

www.kas.de/Ukraine

Regierung der Ukraine seit dem 04.08.2006:



Viktor Janukowytsch (PdR)

Premierminister

Vorsitzender der PdR

Geb. 1950, von 05/1999 bis 05/2001 Gouverneur der Oblast Donezk, von 11/2002 bis 01/2005 Premierminister der Ukraine, verlor im dritten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. Dezember 2004 mit 44,2% der Stimmen gegen Viktor Juschtschenko (52,0%).

1.) VORGESCHLAGEN VON PRÄSIDENT JUSCHTSCHENKO (,QUOTE DES PRÄSIDENTEN'):



Borys Tarasjuk (Ruch, NU)

Außenminister

*Vorsitzender der Partei „Ruch“
(Fraktion Nascha Ukraina)*

Geb. 1949, war bereits von 04/1998 bis 09/2000 Außenminister der Ukraine unter Premierminister Juschtschenko, erneut Außenminister seit 02/2005 (unter Timoschenko und Jechanurow).



Anatolij Hryzenko (parteilos)

Verteidigungsminister

Geb. 1957, Oberst a.D., ehemaliger Präsident des renommierten Rasumkow-Zentrums, seit Februar 2005 Verteidigungsminister (bereits unter Timoschenko und Jechanurow).

2.) AUFGESTELLT VON DER PARTEI DER REGIONEN (PdR):



Mykola Asarow (PdR)

1. Vizepremierminister und Finanzminister, Mitglied der PdR

Geb. 1947, Professor der Geophysik, von 09/1995 bis 10/1997 Vorsitzender des Haushaltsausschusses der Werchowna Rada, von 11/2002 bis 01/2005 erster Vizepremierminister und Finanzminister der Ukraine in der Regierung Janukowytsch.



Andrij Klujew (PdR)

Vizepremierminister für Energiefragen, Mitglied der PdR

Geb. 1964, war bereits von 12/2003 bis 01/2005 Vizepremierminister für Energiefragen in der ersten Regierung Janukowytsch. Zusammen mit seinem Bruder Serhij bildet er eine gesonderte Donezker Business-Gruppe, die in Konkurrenz zu Rinat Achmetow steht.



Dmytro Tabatschnyk (k.A.)

Vizepremierminister für humanitäre und soziale Fragen

Geb. 1963, hatte 1994 und 1998 den Wahlkampf für Leonid Kutschma geführt, 1994-1996 Chef der Präsidialverwaltung. Tabatschnyk war – ebenso wie Mykola Asarow und Andrij Klujew – Vizepremierminister in der ersten Regierung Janukowytsch (2002-2005).



Wolodymyr Rybak (PdR)

*Vizepremierminister und Minister für Bauwesen, Architektur, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft
Mitglied der PdR*

Geb. 1946, gehört zum altgedienten Personal des Donezker Wirtschaftsklans, berät Janukowytsch seit langem, war einer der ersten, der erklärte, die PdR werde mit Präsident Juschtschenko zusammenarbeiten (dies erklärte er bereits im Januar 2005, nach der Wahlniederlage Janukowytschs in der dritten Runde der Präsidentschaftswahl), bekleidet zum ersten Mal ein Ministeramt.



Wolodymyr Makucha (PdR)

Wirtschaftsminister

Mitglied der PdR

Von 07/2004 bis 04/2005 stellv. Außenminister der Ukraine, ehem. Botschafter der Ukraine in Japan, gilt als überzeugter Anhänger einer aktiven Teilnahme der Ukraine am Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland, Weißrussland und Kasachstan.



Mychajlo Papijew (k.A.)

Minister für Arbeit und Sozialpolitik

Geb. 1960, war bereits in der ersten Regierung Janukowytsch Arbeits- und Sozialminister.



Wasyl Dschartj (PdR)

Umweltminister, Mitglied der PdR

Geb. 1958, ein Mann Rinat Achmetows, Leiter der Wahlkampagne der PdR bei der Parlamentswahl 2006, bekleidet erstmals ein Ministeramt.



Jurij Bojko (RPU)

Minister für Brennstoff und Energie, Vorsitzender des Rates der RPU (Republikanische Partei der Ukraine)

Geb. 1958, leitete unter Präsident Kutschma die Gesellschaft „Naftogas Ukrainy“.



Serhij Tulub (parteilos)
Minister für Kohleindustrie
Geb. 1953, war von 06/1998 bis 06/2000 Minister für Brennstoff und Energetik in den Regierungen Pustowojtenko und Juschtschenko.



Anatolij Tolstouchow (k.A.)
Minister beim Ministerkabinett der Ukraine
Geb. 1956, war bereits von 07/2003 bis 01/2005 in der ersten Regierung Janukowytsh Minister beim Ministerkabinett der Ukraine.



Iwan Tkalenko (parteilos)
Minister für Verbindung mit dem Parlament
Geb. 1955, war von 04/2003 bis 01/2005 Minister für Verbindung mit dem Parlament in der ersten Regierung Janukowytsh.

3.) AUFGESTELLT VON DER FRAKTION NASCHA UKRAINA (NU):



Roman Swarytsch (VUNU)
Justizminister, Mitglied der VUNU
Geb. 1953, von 02/2005 bis 09/2005 Justizminister unter Premierministerin Timoschenko. Swarytsch ist Justiziar der VUNU und war maßgeblich an den Koalitionsverhandlungen nach der Parlamentswahl 2006 beteiligt.



Jurij Poljatschenko (k.A.)
Gesundheitsminister
Geb. 1963, Arzt, ehem. stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Gesundheitsminister seit 10/2005 (bereits in der Regierung Jechnurow).



Ihor Lichowyj (parteilos)
Minister für Kultur und Tourismus
Geb. 1957, war bereits Kultur- und Tourismusminister in der Regierung Jechnurow.



Jurij Pawlenko (VUNU)
Minister für Familie, Jugend und Sport, Vorsitzender der Jungen Union der VUNU
Geb. 1975, seit Februar 2005 Familien-, Jugend- und Sportminister (bereits unter Timoschenko und Jechnurow).



Viktor Baloha (parteilos)
Minister für Fragen außergewöhnlicher Situationen und für Bevölkerungsschutz infolge der Tschernobyl-Katastrophe
Geb. 1963, Katastrophenminister seit 09/2005 (bereits unter Jechnurow).

4.) AUFGESTELLT VON DER SOZIALISTISCHEN PARTEI DER UKRAINE (SPU):



Jurij Luzenko (parteilos)
Innenminister, Mitglied der SPU
Geb. 1964, studierte Elektrotechnik in Lviv, Mitorganisator der Protestaktionen in den Jahren 2000 und 2001 nach dem Mord an dem Journalisten Gongadse („Ukraine ohne Kutschma“) und einer der wichtigsten Organisatoren der orangenen Revolution, seit Januar 2005 Innenminister der Ukraine (bereits in den Regierungen Timoschenko und Jechnurow).



Stanislaw Nikolajenko (SPU)
Minister für Bildung und Wissenschaft, Mitglied der SPU
Geb. 1956, seit 02/2005 Bildungs- und Wissenschaftsminister (bereits unter Timoschenko und Jechnurow).



Mykola Rudkowskyj (SPU)
Minister für Transport und Kommunikation, Mitglied der SPU
Geb. 1967, bekleidet erstmals ein Ministeramt.

5.) AUFGESTELLT VON DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER UKRAINE (KPU):



Anatolij Holowko (k.A.)
Minister für Fragen der Industriepolitik
Geb. 1954, ehemaliger stellvertretender Gouverneur der Oblast Saporischschja, bekleidet erstmals ein Ministeramt.



Jurij Melnyk (UVP)
Agrarminister, Mitglied der UVP (Ukrainische Volkspartei)
Geb. 1962, war Vizepremierminister in der Regierung Jechnurow.

Erläuterungen:

PdR	Partei der Regionen
NU	Block Nascha Ukraina
VUNU	Partei Volksunion Nascha Ukraina
SPU	Sozialistische Partei der Ukraine
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine

k.A. = keine Angabe

Übersetzung aus dem Ukrainischen:

Pakt der Nationalen Einheit

Am Vorabend des 15. Jahrestages der Unabhängigkeit der Ukraine entstand vor der ukrainischen Macht, der politischen und öffentlichen Elite des Landes, vor allen Kräften, denen das Schicksal der Heimat nicht gleichgültig ist, die historische Forderung und Möglichkeit, ihre Anstrengungen zu vereinigen und die nationale Einheit zu erzielen.

Indem wir uns der Verantwortung vor dem ukrainischen Volk und der Kompliziertheit der gegenwärtigen politischen Situation bewusst sind,

indem wir die Willensbekundung des Volkes, am 26. März 2006 auf demokratische Art und Weise vollzogen, schätzen,

indem wir bestrebt sind, die politischen Probleme ausgewogen und verantwortungsvoll zu lösen und mit der Lösung aktueller Aufgaben wirtschaftlicher, sozialer und humanitärer Entwicklung anfangen wollen,

indem wir zur allgemeinen nationalen Versöhnung schreiten, die wir für einen Schlüssel zur Zukunft der Ukraine und für ein Instrument zur Lösung der gegenwärtigen Probleme unserer Gesellschaft halten,

indem wir die Tradition des nationalen politischen und gesellschaftlichen Dialogs für die Lösung geerbter und erworbener Probleme des staatlichen Lebens einführen,

indem wir bezeugen, dass die Grundlage der Konsolidierung des Volkes eine bedingungslose Einhaltung der Prinzipien der Demokratie und Respektierung der Menschenrechte sowie die Einhaltung der europäischen Wahl der Ukraine ist,

indem wir die Unabänderlichkeit und Unumkehrbarkeit des außenpolitischen Kurses der Ukraine bestätigen, u.a. in Richtung auf die Integration in die Europäische Union und mit dem Ziel, das internationale Ansehen der Ukraine zu erhöhen,

indem wir uns in unseren Taten und Aktivitäten strikt von nationalen Interessen der Ukraine leiten lassen,

verkünden wir den gemeinsamen Willen zur Vereinigung der Anstrengungen, um die Prioritäten der nationalen Entwicklung umzusetzen, wie eine hohe Lebensqualität der Bürger, eine wettbewerbsfähige, auf Kenntnissen beruhende Wirtschaft, eine effiziente und gerechte Macht, ein in globale Prozesse integrierter und in der Welt angesehener Staat, und erklären wir uns bereit, erstrangig den

AKTIONSPLAN ZUR SICHERSTELLUNG DER NATIONALEN EINHEIT

zu erfüllen:

1. Bewahrung der Souveränität und Integrität, der Unität und Einheit der Ukraine als unantastbare Grundsätze des Bestehens eines Staates.
2. Weitere Sicherung und strikte Einhaltung der Menschenrechte. Konsequente Entwicklung unabdingbarer Errungenschaften der demokratischen Ukraine, wie Pressefreiheit, freier Ausdruck von Ansichten und Überzeugungen.
3. Fortsetzung der Verbesserung der verfassungsmäßigen Regelung der gesellschaftlichen Beziehungen in der Ukraine, gestützt auf die von der gültigen Verfassung der Ukraine bestimmte Gestaltung der Staatsmacht; Schaffung eines ausgewogenen Systems von „Checks and balances“ zwischen dem Präsidenten der Ukraine, der Werchowna Rada der Ukraine und dem Ministerkabinett der Ukraine, Wiederaufnahme der Tätigkeit des Verfassungsgerichts der Ukraine.
4. Die Gewährleistung der Übereinstimmung getroffener und künftiger Entscheidungen aller Organe der Staatsmacht und der Organe der lokalen Selbstverwaltung mit der Verfassung der Ukraine und mit Gesetzen der Ukraine.
5. Schaffung politischer und rechtlicher Bedingungen für eine störungsfreie Tätigkeit der Opposition in den gewählten Machtorganen aller Ebenen. Nichtzulassung von Korruption in der Politik.
6. Reformierung der Exekutivstrukturen und Ausschließung der Politisierung des öffentlichen Dienstes durch erstrangige Verabschiedung der Gesetze der Ukraine „Über das Ministerkabinett der Ukraine“ und „Über den öffentlichen Dienst“ (neue Fassung), vorbereitet für die Einbringung in die Werchowna Rada der Ukraine durch den Präsidenten der Ukraine.
7. Fortsetzung der Gerichtsreform im Einklang mit dem gebilligten Konzept der Verbesserung des Gerichtswesens zur Etablierung gerechter Gerichte in der Ukraine.
8. Sicherung der Nichteinmischung der politischen Kräfte und ihrer Vertreter in die Tätigkeit der Rechtsschutzorgane, Gerichte und der Nationalbank der Ukraine.
9. Reformierung der Rechtsschutzorgane gemäß europäischen Standards, Anpassung der Kriminalgesetzgebung und der Kriminalrechtspflege an die Standards und Empfehlungen des Ministerausschusses des Europarates, der Europäischen Union und an die Entschei-

dungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte.

10. Förderung der lokalen Selbstverwaltung, Erhöhung ihrer Rolle und ihres Status' durch die Sicherung der finanz-wirtschaftlichen Fähigkeit und die Reformierung der administrativ-territorialen Ordnung.

11. Umsetzung der Antikorruptionspolitik auf allen Machtebenen, u.a. durch die Unterstützung der Gesetzesinitiativen des Präsidenten der Ukraine in diesem Bereich.

12. Allseitige Entwicklung und Gewährleistung der ukrainischen Sprache als Staatssprache offizieller Kommunikation in allen Bereichen des öffentlichen Lebens auf dem ganzen Territorium der Ukraine als Grundlage der Selbstidentifizierung von Volk und Staat. Garantierte und freie Nutzung der russischen oder einer anderen Sprache für jeden Bürger in allen Lebensbelangen laut Verfassung der Ukraine und der Europäischen Charta regionaler Sprachen oder Minderheitensprachen.

13. Entwicklung der Kultur und Wiederaufleben der Geistigkeit des ukrainischen Volkes, Sicherung der Ganzheit des Sprach- und Kulturraums.

14. Einhaltung der Glaubensfreiheit. Respektvolle Einstellung zu Vereinigunganstrengungen der Gläubigen aller orthodoxen Kirchen ohne Einmischung des Staates und der politischen Kräfte in diesen Prozess.

15. Erhöhung des Wohlstands der Bürger der Ukraine, Armutsbekämpfung mit Mitteln effizienten sozialen Adressschutzes, Garantie einer würdigen Arbeitsbezahlung und gerechten Rentenversorgung.

16. Etablierung des Mittelstandes durch die Transformation der Politik der Bevölkerungseinkommen, Entwicklung des Unternehmertums und Förderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

17. Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten und -qualität, Popularisierung der gesunden Lebensweise, Umorientierung des Systems des Gesundheitsschutzes auf die Humanentwicklung und Einrichtung nationaler Zentren für Tuberkulose-, HIV- und AIDS-Bekämpfung, des Nationalen Krebszentrums, des Alukrainischen Zentrums für Mutter- und Kinderschutz.

18. Einführung der Prinzipien der wissenschaftlich-technischen und Innovationsentwicklung, Erzielung eines jährlichen BIP-Wachstums von mindestens 5%, Förderung der Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze pro Jahr.

19. Durchführung von Strukturreformen in der Wirtschaft. Durchführung einer Steuerreform, die die Re-

duzierung der Steuerbelastung auf die Wirtschaft mit der Erweiterung der Besteuerungsbasis vorsieht, u.a. durch die schrittweise Einführung einer Immobiliensteuer (Reichtumssteuer) und einheitlicher Sozialbeiträge aus dem Fonds für Arbeitsbezahlung.

20. Gewährleistung der Energiesicherheit der Ukraine, Erhöhung der Effizienz der Nutzung von Naturressourcen und Energieträgern, Einführung energiesparender Technologien.

21. Erhöhung der Effizienz der Landwirtschaft und der Sorge des Staates für die Bauern. Schaffung eines vollwertigen Bodenmarkts spätestens zum 1. Januar 2008 mit gleichzeitiger materiell-organisatorischer Versorgung und Bildung der notwendigen normativ-rechtlichen Basis (Gesetze der Ukraine über den Kataster, den Bodenpreis usw.).

22. Sicherung und Schutz der Eigentumsrechte durch den Staat.

23. Erhöhung der Zugänglichkeit und der Qualität der Kommunaldienstleistungen durch die Entwicklung der Wettbewerbsverhältnisse im Wohn- und Kommunalbereich.

24. Gestaltung einer effizienten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit allen interessierten Außenpartnern auf der Grundlage der Interessen der Ukraine. Unverzügliche Verabschiedung der für den Beitritt in die Welthandelsorganisation notwendigen Gesetzesänderungen und der Beitritt in diese Organisation bis Ende 2006 unter für die Ukraine annehmbaren Bedingungen.

25. Fortsetzung des Kurses der europäischen Integration der Ukraine mit der Beitrittsperspektive der Ukraine in die Europäische Union. Strikte Erfüllung des Aktionsplans „Ukraine – EU“, unverzüglicher Beginn der Verhandlungen über die Bildung einer Freihandelszone zwischen der Ukraine und der Europäischen Union.

26. Beendigung der Arbeiten zur Teilnahme der Ukraine an der Tätigkeit des Einheitlichen Wirtschaftsraums auf den Grundsätzen der Integration auf verschiedenen Ebenen und mit verschiedenen Geschwindigkeiten unter der Berücksichtigung von Normen und Regeln der Welthandelsorganisation. Schaffung einer Freihandelszone ohne Einschränkungen und Ausnahmen im EWR-Rahmen.

27. Zusammenarbeit mit der NATO zum gegenseitigen Vorteil, im Einklang mit dem Gesetz der Ukraine „Über die Grundlagen der nationalen Sicherheit der Ukraine“ (in der Fassung, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Paktes gültig ist). Lösung der Frage über den NATO-Beitritt gemäß dem Ergebnis eines Referendums, das durchgeführt wird, sobald von der Ukraine alle notwendigen Prozeduren erfüllt sind.

Wir sind überzeugt, dass die Umsetzung der genannten Prioritäten der gesellschaftlichen Entwicklung zu einem entscheidenden Kriterium der Bildung und Tätigkeit einer Koalition werden muss, die sich in ihrer Arbeit auf neue gesellschaftlich-politische Mechanismen des Zusammenwirkens stützen wird, u.a.:

1. Ausarbeitung und Einführung regelmäßiger öffentlicher Konsultationen zu wichtigen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung und des Staatsaufbaus, u.a. Einbeziehung außerparlamentarischer politischer Kräfte, Vereinigungen von Bürgern und anderer Teilnehmer des gesellschaftlich-politischen Prozesses in den Dialog.

2. Entwicklung effizienter Mechanismen der öffentlichen Kontrolle über die Machttätigkeit. Sicherung der Transparenz und Rechenschaftspflicht der Organe der Staatsmacht und der Organe der lokalen Selbstverwaltung.

3. Sicherstellung, dass die Tätigkeiten der Machtorgane den nationalen Interessen der Ukraine, den strategischen Entwicklungsprioritäten und den Interessen der einzelnen Bürger entsprechen, u.a. durch die Einbeziehung politischer Parteien und Nichtregierungsorganisationen in die Arbeit zur Erhöhung der Effizienz der Personalpolitik im Staat.

Wir sind zuversichtlich, dass die Realisierung der Thesen dieses Paktes, die als Grundlage der Tätigkeit der Koalition der Abgeordnetenfraktionen in der Werchowna Rada der Ukraine und im Ministerkabinett der Ukraine dienen wird, nur unter der Bedingung der nationalen Einheit und des Zusammenschlusses der politischen Kräfte möglich ist.

Wir glauben, dass das Zusammenwirken aller Machtorgane, der politischen Parteien und der Fraktionen in der Legislative und in den Organen der lokalen Selbstverwaltung, der Nichtregierungsorganisationen, der Menschen, die ein unanfechtbares Ansehen in der Gesellschaft genießen, bei der Umsetzung der genannten Prioritäten die Gesellschaft vereinigen wird.

Wir sind bereit, die Unstimmigkeiten zu überwinden, unsere Anstrengungen zu vereinigen, alle Möglichkeiten zu nutzen, um das Leben des ukrainischen Volkes zu verbessern und das Gedeihen unseres Vaterlandes zu sichern.

PRÄSIDENT DER UKRAINE
V. JUSCHTSCHENKO

VORSITZENDER DER WERCHOWNA RADA DER
UKRAINE O. MOROS

PREMIERMINISTER DER UKRAINE
J. JECHANUROW

Seitens der Fraktion der Partei der Regionen
V. JANUKOWYTSCH

Seitens der Fraktion „Nascha Ukraina“
R. BESSMERTNY

Seitens der Fraktion der Sozialistischen Partei der
Ukraine V. ZUSCHKO

Seitens der Fraktion der Kommunistischen Partei der
Ukraine P. SIMONENKO

Kiew, 3. August 2006